

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Sabat & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Hauptstadt: Sächs. Staatsamt, Dresden,  
Gang der Arbeiter, Annehml. und  
Bremen, K.-G., Dresden,  
Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich Art, ist es durch oder ohne Zustimmung des Besteller der Dresdner Volkszeitung deren Anrecht auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Kostenerstattung der Zeitung

Bezugspreis mit der nächsten Hefenabgabe: 1,20 Mk. monatlich 3,60 Mk. vierteljährlich 12,00 Mk. jährlich 144,00 Mk. (inkl. Post- und Transportkosten).  
Telegraphische Adressen: Dresden, Volkszeitung

Schriftleitung: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 2361. Sonntags- und Feiertags-Redaktion: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 2372. Druckzeitung von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Bezugspreis: Einzelhefte: bis zu 1000 Stück 10 Pf. pro 1000 Stück. Mehr als 1000 Stück: 8 Pf. pro 1000 Stück. Familienabgabe: 50 Pf. pro 1000 Stück. Einzelhefte: 10 Pf. pro 1000 Stück.

Nr. 276

Dresden, Freitag, den 27. November 1931

42. Jahrgang

## Drittes Reich: Tollhaus

### Sollen Mörder und Idioten über Deutschland herrschen?

#### Regierungsprogramm der Nazi



Nach dem in Hessen aufgefundenem Dokument

#### Die Blutbestien

##### Ihre Freunde und der harmlose Oberreichsanwalt

Den heftigen Behörden sind nationalsozialistische Dokumente in die Hände gefallen, die das ganze deutsche Volk aufzittern lassen. Diese Dokumente zeigen, wie sich die Nazis die Machtergreifung, wie sie sich ihre Blutdiktatur, wie sie sich das „Dritte Reich“ denken. Mit Blut und Hunger, mit Sägen und Bürgen wollen sie das Volk stumm machen! Dabei sind diese „Richtlinien“, auf ihre wirtschaftliche Brauchbarkeit hin angesehen, ebenso dümmlich und dilettantisch, wie sie politisch brutal und bestialisch sind.

Die Veröffentlichung dieser charakteristischen Blutdokumente hat die faschistische Meute zum Rasen gebracht. Das heult und kläfft in allen Tonarten, weil das wahre Programm der faschistischen Diktatur in Deutschland enthüllt worden ist.

##### Die gesamte reaktionäre Presse ist eifrig am Werk, um die Putschisten zu decken.

Die tollsten Widersprüche schreien sie nicht ab in dem Versuch, den ungeheuren Eindruck dieser Veröffentlichungen abzumildern. Das Berliner Organ der Nationalsozialisten heult: „gemeine Fälscherdokumente“, die Reichsleitung der NSDAP. versucht, Hitler von jeder Verantwortung reinzuwaschen mit der Erklärung: „Es kann sich nur um eine Privatarbeit handeln, die allerdings schon in der kaum verständlichen Sinnlosigkeit ihres Inhalts den untrüglichen Stempel marxistischer Spitzelarbeit trägt.“ Fälschung, Spitzelarbeit, vollkommene Sinnlosigkeit — so die Nationalsozialisten, während der Nazifunktionär West sich bereits zu den Blutentwürfen bekannt hat, und die Presse des Herrn Jugenberg, die eingesehen hat, daß die Echtheit der Dokumente nicht mehr bestritten werden kann, bemüht sich auf das eifrigste, die Sinnlosigkeit als sinnvoll und harmlos zu verteidigen. Sie deckt alles, die Fabrikanten dieser Blutdokumente wie die Blutdokumente selbst!

Die Verteidiger des nationalsozialistischen Wahnsinns

haben einen Bundesgenossen gefunden im Oberreichsanwalt, dessen Aufgabe es wäre, die Hochverräter zu verfolgen. Der Oberreichsanwalt hat eine Erklärung abgegeben, die deutlich erkennen läßt, wie mißvergnügt er über die Entlarvung dieser illegalen Pläne ist. Der Herr Oberreichsanwalt hat darüber hinaus erklärt, daß der Tatbestand des Hochverrats in diesem Dokument nicht gegeben sei, daß es sich vielmehr gegen eine ungeheuerliche Kommuneherrschaft richte, die durch die Nationalsozialisten abgelöst worden sei. Er hat damit das Stichwort gegeben für die reaktionäre Meute, die den Hochverrat himmelhochjauchzend lacht.

Das sind lächerliche Konstruktionen! Wenn wirklich eine kommunistische Revolte, die nach der Macht greifen wollte, niedergeworfen werden würde, so würde dies erfolgen durch Reichswehr und Landespolizei.

##### Für die Bürgerkriegstruppen der Nationalsozialisten ist Raum weder in der Verfassung noch in der Wirklichkeit.

Der Herr Oberreichsanwalt und mit ihm die bestialischen Verteidiger der Putschisten scheinen gänzlich zu vergessen, daß die oberste Stütze der Exekutive in Deutschland der Reichspräsident ist! Aber wir kennen diese Konstruktionen. Sie haben bereits im Jahre 1926 dazu dienen müssen, die Claque und Genossen vor der Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu schützen. Wir sind fest überzeugt, daß, wenn die Putschisten von Hessen nicht Nationalsozialisten, sondern Kommunisten wären, sie alle längst hinter Schloß und Riegel sitzen würden, und daß der Hochverratsprozeß gegen sie auf das schnellste in Gang kommen würde.

Wem will man denn erzählen, daß diese Vorbereitungen nur einem unwirklichen hypothetischen Fall gegolten hätten? Die sozialdemokratische Presse hat unlängst einen Befehl des Faschistenvorkämpfers veröffentlicht, der die Verteilung der SA-Abteilungen über das Reich und ihre Mobilisierung zum Einsatz anordnete. Dieser Befehl, der die Illegalität der faschistischen Bürgerkriegstruppe zeigt, ist vom Braunen Hans sofort dementiert worden. Dies Dementi war eine Lüge. Auch dieser Befehl ist echt, ebenso

echt wie die Dokumente der heftigen Putschisten. Auch er stammt nicht aus einer dunklen Quelle, er stammt vielmehr aus der gleichen Quelle!

Dieser Befehl ist so echt, daß seine Ausführung im vergangenen Monat in ganz Deutschland beobachtet werden konnte. Die Verteilung und Mobilisierung der SA hat über ganz Deutschland stattgefunden, auch in Hessen. Die Mobilisierung war vorgesehen für den 16. Oktober, denn am 15. oder 16. Oktober erwarteten die Nationalsozialisten den Sturz der Regierung Brüning. Für diesen Fall wollten sie nach der Macht greifen, nicht legal, sondern nach den Richtlinien, die nun durch die heftigen Dokumente bekannt geworden sind. Die lächerliche Eingangsformel vom „Aufstand der Kommune“ in diesen Dokumenten sollte nur verdeutlichen, daß mit dem Mittel dieser Putschisten die Nationalsozialisten gegen die verfassungsmäßigen Gewalten im Reich und in den Ländern ihre Herrschaft aufrichten wollten. Für alle Freunde der Republik ist kein Zweifel, was diese Dokumente zu bedeuten haben. Die allgemeine Ueberzeugung ist von dem Zentrumblatt Germania zusammengefaßt worden in den Worten:

##### Daß die fortgesetzt betonte Legalität der Parteiführer angesichts dieser Dinge keinen Wertschein mehr wert sei.

Die Veröffentlichung dieser Blutdokumente zwingt zu einer eindeutigen Parteinarbeit. Ihr Inhalt ist Wahnsinn, ist ein Verbrechen gegen das deutsche Volk, ein Ausfluß der Bestialität. Hier gibt es nur ein für und Wider. Die Presseorgane der faschistischen Reaktion, die diese Dokumente zu decken wagen, stellen sich hinter die Sache der Bestialität. Sie sollen nicht glauben, daß die deutschen Republikaner diese Orgie des Wahnsinns mit gekrümmten Armen über sich hereinbrechen lassen werden. Die Abwehrkräfte gegen diese verbrecherischen Pläne werden ins Riesengroße wachsen!

##### Republikaner, Sozialisten, schließt euch zusammen in den Organisationen der Sozialdemokratie und des Reichsbanners!

## Best gesteht

### Die Nazi-Gauleitung will nichts gewußt haben

Darmstadt, 27. November. (Eig. Funk.) Die Gau-Pressstelle der NSDAP. hat am Donnerstagabend eine längere Erklärung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß der Gerichtsassessor Dr. Werner West der Verfasser des putschistischen Pödenheimer Dokuments ist und nach der Best am Donnerstag nachmittag gegenüber der Gauleitung in Darmstadt eine formulierte Erklärung abgegeben hat, der wir folgendes entnehmen:

„Ich bin der Verfasser eines Entwurfs von Einzelheiten, die in dem von dem preussischen Innenminister der Presse übergebenen „Material“ teils richtig, teils geändert wiedergegeben sind. Als um den 1. August dieses Jahres allgemein ein kommunistischer Aufstand erwartet wurde und von den Reichsleitern der NSDAP. keine Weisungen für diesen Fall gegeben wurden, entschloß ich mich ohne Auftrag und ohne Rücksprache mit den Reichsleitern der Partei zur Ausarbeitung von Richtlinien für die einzige Lage, die ein selbständiges Handeln der nationalen Bewegung notwendig machen konnte, für den Fall, daß die kommunistische Revolte über die Staatsgewalt hinweg würde. (Mit Ihnen der Reichsanwalt auf den Richter gehöhen, Herr West! Die Red.) Wenn die legalen Vertreter des Staates durch den geläuterten Hochverrat der NSDAP. beauftragt worden wären, hätte nach meiner Auffassung die nationale Bewegung, an ihrer Spitze die NSDAP., die Pflicht gehabt, von den von ihr zusammengerufenen Kräften (bestehend aus den Ermittelungen von „Landesgruppen“) neben den SA-

der NSDAP.) aus eigenem Recht die Ernährung und den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen.

Den Entwurf meiner Richtlinien übergab ich einigen Mitarbeitern, darunter dem jetzigen Denunzianten Schäfer, Offenbach, zur Klärung über die rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten meiner Vorschläge. In diesem Stadium blieb die Bearbeitung der Angelegenheit auf sich beschränkt, da die politische Entwicklung seit dem 1. August dieses Jahres eine weitere Entwicklung überflüssig machte. Keine Dienststelle der NSDAP., auch weder der damalige Gauleiter Gemeiner noch die Reichsleitung haben von meinem Entwurf mittelbar oder unmittelbar Kenntnis erhalten. Die Richtlinien sind auch nicht in einer geheimen Sitzung auf dem Pödenheimer Hof beschlossen worden.“ Ich habe vielmehr gelegentlich eines Zusammenkommens auf diesem Hof, das an sich anderen Zwecken galt, bei dem mir allein hergestellten Entwurf einigen (nicht allen) der Anwesenden zur Kenntnisnahme und Äußerung übergeben.

Der jetzige Denunziant Schäfer, Offenbach, hat als der damalige Leiter des Gau-Wirtschaftsbeirats der NSDAP., Gau Odenwald, meinen Entwurf mit mir öfters durchgesprochen, ohne den bedingten und deshalb durchaus legalen Charakter der von mir angeregten Erörterungen zu bezweifeln. Wenn Schäfer jetzt eine andere Darstellung der Vorgänge gibt, so will er sich durch die bewußt eingestellte Denunziation dafür rächen, daß ich im Auftrage des Gauleiters Dr. W. v. M. die Ermittlungen durchführte, die kurz vor der Landtagswahl ergaben, daß Schäfer